

Vorlage Stadtparlament

Datum 30. Juni 2020
Beschluss Nr. 4393
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Veronika Meyer (Grüne), Andreas Hobi (Grüne), Helen Thoma (CVP), Nadine Niederhauser (GLP), Elisabeth Zwicky Mosimann (FDP): Besserer Schutz für die Stadtbäume; schriftlich

Veronika Meyer, Andreas Hobi, Helen Thoma, Nadine Niederhauser, Elisabeth Zwicky Mosimann sowie 19 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 24. März 2020 die beiliegende Interpellation «Besserer Schutz für die Stadtbäume» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Bäume haben im Stadtraum wichtige und vielseitige Funktionen. Sie werden beispielsweise als Gestaltungselemente eingesetzt, fördern das Wohlbefinden der Menschen, bieten Lebensräume für Tiere und Pflanzen und binden Feinstaub. Zudem gewinnen die Stadtbäume an Wichtigkeit aufgrund des Klimawandels. Die Beschattung durch Bäume an heissen Tagen und vor allem ihre kühlende Wirkung durch die Verdunstung von Wasser machen Bäume zu einem Schlüsselement bei der Anpassung an den Klimawandel. Die Lebensqualität im dichten Stadtgebiet kann so für in St.Gallen Wohnende und Arbeitende sowie für Touristinnen und Touristen auch im Hochsommer erhalten bleiben.

Der Stadtrat ist sich der Wichtigkeit eines wirksamen Baumschutzes bewusst. Er ist bestrebt, ein Gleichgewicht zu finden zwischen der baulichen Entwicklung, der gewünschten Innenverdichtung, der Wahrung der Eigentumsfreiheit und einem wirksamen Baumschutz.

2 Beantwortung der Fragen

Ist der Stadtrat gewillt, die bestehenden Baumschutzgebiete zu erweitern?

Im Zonenplan der Stadt St.Gallen sind gegenwärtig Gebiete mit schutzwürdigen Grünflächen mit Baumbestand (sogenannte Baumschutzgebiete) bezeichnet. Gemäss Art. 39 der städtischen Bauordnung (abgekürzt BO) unterliegt in diesen Gebieten das Fällen von Bäumen mit einem Stammumfang von mehr als 0,8 m einer Bewilligungspflicht. Der Stadtrat geht mit den Interpellantinnen und dem Interpellanten einig, dass die Ausscheidung der Baumschutzgebiete im Zonenplan aus fachlicher Sicht schwer nachvollziehbar ist und mehrere Lücken im Stadtgebiet aufweist. Der Stadtrat ist aufgrund der grossen ökologischen, stadtklimatischen und siedlungsgestaltenden Bedeutung des Baumbestandes

bereit, die bestehende Bewilligungspflicht für Baumfällungen vorab zur Gesamtrevision von Bau- und Zonenordnung grundsätzlich auf das ganze Stadtgebiet (mit Ausnahme von Wald und Landwirtschaftszone) auszuweiten.

Da sich der «Baumschutzartikel» in Art. 39 BO und folglich auch die geplante Ausweitung der Baumschutzgebiete auf das alte kantonale Baugesetz (abgekürzt aBauG) stützen, ist das Inkrafttreten des I. Nachtrags zum kantonalen Planungs- und Baugesetz (abgekürzt PBG) für eine Ausweitung der Baumschutzgebiete zwingende Voraussetzung. Der I. Nachtrag zum PBG lässt Änderungen der kommunalen Rahmennutzungspläne vor der gesamten Anpassung an das PBG auf der Grundlage des aBauG wieder zu. Der Kantonsrat hat dem I. Nachtrag bereits zugestimmt. Wird gegen diesen Beschluss das Referendum nicht ergriffen, ist mit der Inkraftsetzung auf den Herbst 2020 zu rechnen.

Ist der Stadtrat gewillt, ein griffiges Baumschutzreglement (ähnlich demjenigen der Stadt Bern vom 1. August 2000 mit zwei verschiedenen Zonen) zu erlassen?

Der Stadtrat spricht sich für ein griffiges Baumschutzreglement aus. Eine Anpassung des geltenden Baumschutzes ist im Rahmen der Gesamtrevision von Bau- und Zonenordnung vorzunehmen.

Da die rechtlichen Grundlagen für die Baumschutzgebiete mit Inkrafttreten des PBG geändert wurden, wird der Baumschutz im Rahmen der Gesamtrevision von Bau- und Zonenordnung ohnehin grundsätzlich überprüft werden müssen. Dabei sollen vom bisherigen, schwergewichtig auf die Gestaltung ausgelegten Baumschutz, in der Festlegung der Gebiete und der Formulierung der Schutzbestimmung zusätzlich ökologische und stadtklimatische Aspekte mitberücksichtigt werden. Eine solche grundlegende Überprüfung der gegenwärtig geltenden Instrumente für den Baumschutz in der Stadt St.Gallen kann zweckmässig nur im Rahmen der Gesamtrevision von Bau- und Zonenordnung und nicht bereits vorgezogen zur Gesamtrevision erfolgen. Es ist unerlässlich, allfällige grundlegende Anpassungen an den Schutzmassnahmen aus einer Gesamtsicht heraus umzusetzen. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass eine vorgezogene Anpassung die anstehende Gesamtrevision in unzulässiger resp. unzweckmässiger Weise präjudiziert.

Mit welchen verbindlichen Massnahmen lässt sich der Baumschutz bei Baustellen verbessern (siehe beispielsweise das Dokument «Baumschutz auf Baustellen» der Stadtgärtnerei Basel-Stadt)?

Stadtgrün erarbeitet derzeit zusammen mit dem Amt für Baubewilligungen Auflagen, die in Baubewilligungen integriert werden können, sofern Bäume von der entsprechenden Baustelle betroffen sind. Mit diesem Vorgehen kann die rechtliche Verbindlichkeit sichergestellt werden. Die Bestimmungen zielen hauptsächlich auf den Schutz des Wurzelraumes durch Grabarbeiten und Bodenverdichtung ab. Wenn sich Arbeiten in unmittelbarer Nähe des Baumes nicht verhindern lassen, können zusätzliche Schutzmassnahmen angeordnet werden. Die Bestimmungen und Ausnahmen werden zur besseren Verständlichkeit auf einem illustrierten Merkblatt zusammengefasst.

Der Stadtpräsident:
Thomas Scheitlin

Die Stadtschreiber-Stellvertreterin:
Jennifer Abderhalden

Beilage:
▪ Interpellation vom 24. März 2020